6. November 1918 Abends

1.

Dem Jahrestag der
Zürcher-November-Krawalle
gewidmet.

Arbeiter!

Vor einem Jahre erzwangen sich die russischen Arbeiter, Bauern u. Soldaten den Frieden und legten den Grundstein zum Bau der russischen, sozialistischen Republik. Das weckte in einem großen Teil der zürcherischen Arbeiterschaft den Willen, ebenfalls etwas zur Beendigung des Völkermordens beizutragen. Man schloß einige Munitionsfabriken, Mordwerkstätte, dazu da, um schnöden Mammon willen, Mordwerkzeuge für den Weltkrieg herzustellen. Granaten, die man den Deutschen und Franzosen lieferte, mit denen wir Schweizer Arbeiter übermorgen selbst zusammenkartätscht werden könnten. Der Schließung der Munitionsfabriken folgten große Demonstrationen.

Die Antwort der Regierung an das friedensdurstige Volk waren: „Demokratische" Polizeisäbelhiebe, blaue Bohnen aus „demokratischen" Polizeirevolvern, Kugeln aus Maschinengewehren der „demokratischen" Eidgenossenschaft, hunderte von Verhaftungen und Einkerkerungen in die Gefängnisse unserer „Demokratie". Blut floß in den Straßen der schweiz. Industriemetropole.

Und heute, wo selbst monarchistische Regierungen, zitternd vor dem Volkszorne den politischen Gefangenen, einen Zuchthäusler Liebknecht, einen Tyrannentöter Fr. Adler die Kerkertüren öffnen, machen unsre Regenten der schweizerischen „Demokratie" keine Miene, die teilweise noch seit den Novemberkrawallen in den Gefängnissen schmachtenden politischen Gefangenen zu befreien. Keine Miene machen sie, um die gestohlene Preßfreiheit zurückzugeben, die verfassungsmäßigen Rechte und das Asylrecht wieder herzustellen.

Zum Jahrestag der Novemberkrawalle verlangen wir:

Die Befreiung aller politischen Gefangenen.
Die Sistierung der Militär- und Zivil-politischen Prozesse.
Die Aufhebung des Verbotes der „Forderung", der „Freien Jugend" und der „Jugend-Internationale.
Herstellung des Asyl- und Versammlungsrechtes.

Oder wollen die ungekrönten, aber umsomehr bezopften Regenten der „demokratischen" Schweiz, solange mit dem Abbau ihrer Diktatur warten, bis die schweizerischen Arbeiter und Soldaten, den Herren die obigen Forderungen und noch mehr dazu, aufdiktieren, bis diese Herren gezwungen werden, den gleichen Weg zu gehen, den ein russischer Zar, ein bulgarischer Ferdinand, ein Ludendorff, gehen mußten und dem über kurz oder lang alle Menschenschlächter, vom deutschen Kaiser bis zum Heuchler Wilson gehen müssen.

Im Namen der Novembertoten, der Verwundeten nnd Eingekerkerten, verlangen wir die sofortige Erfüllung obiger Postulate. Die herrschende Klasse der Schweiz kann heute noch wählen zwischen der friedlichen, aber schleunigen Umgestaltung der politischen u. wirtschaftlichen Zustände, oder der Revolution.

Komunistische Partei Zürich.

N. B. Der Beschluß der Zürchen Unionsdelegiertenversammlung und der Sozialdem. Partei Zürich 8 auf Ausschluß der internationalen revolutionären Sozialisten aus der Sozialdem. Partei und die unverbesserliche, opportunistische Politik der Sozialdemokratie, bedingte die Gründung der komunistischen Partei.

Soldaten!

Unseres Wissens war es in den historischen Novembertagen das erste mal, daß schweizerische Soldaten gezwungen wurden, mit der blanken Waffe gegen das Volk vorzugehen, das erste mal, daß Maschinengewehre in den Straßen Zürichs knatterten. Die Zeugen dieser blutigen Rücksichtslosigkeit sind heute noch am Lokal des Postgebäudes Zürich 4 wahrzunehmen. Unsre Genossen die damals, den Apell an die Soldaten richteten, nicht Arbeiterblut fliessen zu lassen, schleppte man vor Kriegsgericht, steckte sie viele Monate in die Gefängnisse, oder trieb sie ins fremde Exiel.

Soldaten und militärdienstpflichtige Arbeiter!

Die Zeiten haben sich seit den denkwürdigen Novembertagen noch nicht gebessert. Im Gegenteil, die nächste Zukunft birgt ein gewaltiges Zusammenprallen zwischen Kapital und Arbeit in sich. Es beginnt ein riesiges Ringen zwischen der alten barbarischen Welt; eine „Ordnung" der blutigsten Kriege; des schmutzigsten Egoismus; der rücksichtslosesten Ausbeutung und Bewucherung der breitesten Volksschichten, und der komunistischen Neugestaltung der Gesellschaft, der wirtschaftlichen und politischen Befreiung aller schaffenden Menschen; der Beseitigung der blutigen Kriege und Klassenkämpfe. Bereits hat das russische Volk, neben ihren politischen Diktatoren, auch die wirtschaftlichen Ausbeuter zum Teufel gejagt. Daß dort die Revolution verhältnismäßig wenig Opfer forderte, ist dadurch möglich geworden, daß die friedenshungrigen Soldaten die Befehle der militärischen Führer sabotierten und zum Volke übergingen. In Bulgarien, Oesterreich und Deutschland hat die Abrechnung mit den Kriegshetzern begonnen, sie wird in diesen Ländern auch mit der Errichtung der sozialen Republik endigen. Der völkerbefreiende Sozialismus wendet seine Schritte den westlichen Ländern zu.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die notwendige Beseitigung der modernen Gesslerherschaft in der Schweiz nicht leicht sein wird. Vor einem Jahr ließ man gegen das friedliebende Volk Maschinengewehre aufführen. Seit einem Jahr verwendet man im inneren Lande bald mehr Belagerungstruppen, als zum Schutze der Landesgrenze. Das obere Bürgertum, die Geldaristokratie, rüstet zum Bürgerkriege. Die Nachkommen dieser Herren, die sich vor 50 und 100 Jahren durch einen Bürgerkrieg in den Sattel gehoben haben, sind bereit, ihre Herrschaft durch einen Bürgerkrieg zu verteidigen. Täglich findet man in kapitalistischen Zeitungen, Inserate, durch welche Waffen und Munition gesucht werden. Der neueste Beschluß des Bundesrates in der Demobilisationsfrage, weist auf die Schaffung eines Volontärheeres hin. Eine vergrößerte Polizeigarde, die man mit 7-8 Franken Tagessold glaubt zu jeder Volksunterdrückung verwenden zu können. Wir schweiz. Soldaten, denen man durch alle möglichen Schikanen, den Patrotismus gründlich beseitigt hat, sind den Herren vom Gallon zu wenig zuverlässig, deshalb hier, die Vorbereitung zur Schaffung einer weißen Garde.

Soldaten, Arbeiter in Uniform, sollten die Regenten der demokratischen Schweiz zur Wahrung ihrer Klassenvorrechte weiteres Bürgerblut vergiessen wollen, so handelt als Freiheitskämpfer, als Arbeiter und Sozialisten, und nicht als Volksverräter.

Sozialistische Soldatenorganisation Zürich.

Druck Julius Heuberger, Zürich.

Soldaten!

Im Augenblick, wo rings um unser Land die Waffen zur Ruhe kommen, wo Ihr das ersehnte Ende der Mobilisationszeit glaubt, erlebt zu haben, ruft man Euch plötzlich in Massen nach Zürich. Noch sind den Arbeitern die Versammlungen verboten, noch heischt die Grippe täglich ihre Todesopfer, Euch aber führt man zu Tausenden in diesen Seuchenherd.

Warum? Wozu? Vom schlechten Gewissen geplagt, der Not des Volkes in gänzlich ungenügender Weise gesteuert zu haben, schenken der zürcherische Regierungsrat und der Bundesrat den törichtsten und abenteuerlichsten Gerüchten Glauben.

Was will denn die zürcherische Arbeiterschaft?

Not und Entbehrung herrscht unter ihr wie unter der gesamten schweizerischen Arbeiterschaft. Die ungeheure Teuerung droht sie zu erdrücken. Noch haben weder der Regierungsrat noch der Bundesrat mit ihren Befugnissen und Vollmachten versucht, den Gedrückten ausreichende Löhne, den Obdachlosen anständige Unterkunft zu sichern. Villen stehen leer, Keller und Waschküchen sind bewohnt. Uneingeschränkt und unerschüttert regiert noch das Kapital, uns und Euch, Arbeiter und Bauern, ausbeutend.

Das Kapital, das sich bildet, indem es die Arbeiter gering entlöhnt und deren Erzeugnisse teuer verkauft, kommt als Hypothekengläubiger und Güterschlächter zum Bauern, um mit den Zinsen ihm die schönsten Früchte seiner Arbeit zu entwenden, es steigert heute die Ländereien in schwindelhafte Höhen, um in absehbarer Zeit den Bauernstand zu zerschmettern. Das Kapital bereichert sich heute an Kriegsgewinnen, lädt damit eine ungemessene Mobilisationsschuld auf uns, zeichnet dann die Mobilisationsanleihen, die ihm wiederum die arbeitende Bevölkerung, Bauern und Arbeiter, mit ihren Steuerbatzen teuer zu verzinsen haben.

Ist es da ein Wunder, daß die Arbeiterschaft eine andere Ordnung der Gesellschaft herbeisehnt, eine Ordnung, die die Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung durch das tote Kapital nicht mehr kennt, eine Ordnung, in der die Arbeit regiert?

Diesem Sehnen und diesem Wunsche will die zürcherische Arbeiterschaft zusammen mit der schweizerischen Arbeiterschaft Ausdruck geben, wenn sie am nächsten Sonntag den Gedenktag der russischen Revolution feiert, den Tag, der in Rußland das Kapital entthront und die Arbeit zur Herrschaft gebracht hat, durch jene Umwälzung, die bei uns und in der ganzen Welt so unablässig verleumdet wird durch alle jene, die heute ohne eigene Arbeit durch Unternehmergewinn, Schiebergewinn, Hypothekenzinsen und Industriedividenden leben und die, wenn bei uns das Volk erwachen würde, ihre Reichtümer denen zurückgeben müßten, die sie erschaffen: der arbeitenden Bevölkerung, den Bauern und Arbeitern.

Den Sturz des Kapitalismus herbeizuführen liegt heute noch nicht in der Kraft der schweizerischen Arbeiterschaft, solange noch nicht, als der Bauer, ohne sich selbst gegen die Ausbeutung durch das Kapital aufzulehnen, seine Lasten auf die Konsumenten abwälzt und so der Arbeiterschaft die Last verdoppelt, ohne für deren verzweifelte Lage Verständnis zu zeigen, für uns, die alle dem Kleinbauernstande entstammend, in die Fabriken und Städte getrieben worden sind.

So ist der nächste Sonntag für uns lediglich ein Gedenktag, ein sehnsüchtiger Ausblick in eine bessere Zukunft.

Wenn aber die Arbeiterschaft, ganz auf sich selbst gestellt, in einem verzweifelten Kampf durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung daran geht, von ihren Unternehmern sich erträgliche Lebensbedingungen zu erkämpfen, wenn dann das Kapital unter Euren Schutz gestellt werden soll unter dem Deckmantel der Bewahrung der öffentlichen Ordnung, so müßt Ihr wissen, daß auch das Recht der Arbeiterschaft, als Menschen würdig leben zu können, unter Eurem Schutze steht.

Dann, Soldaten, wird jeder von Euch in seinem Innern die Frage zu entscheiden haben, wer Eures Schutzes würdiger ist: das Kapital, das Euch und uns, als Bauern und Arbeiter, durch erbärmliche Löhne, Zinsen und Steuern bedrückt, oder die Menschen und Mitbürger, die trotz ihrer Hände Arbeit täglich wie Ihr mit Sorgen kämpfen und darben müssen. Bei der Bauernbefreiung der Dreißigerjahre rief der Matzinger Pfarrer Bornhauser seinen Thurgauern zu: Tut mit, daß Eure Kinder einst mit Stolz erklären können: auch unser Vater war dabei! Was werdet Ihr heute tun, wenn die Arbeiterschaft Euch ruft?

Die größte Stunde der Geschichte naht. Sie wird über Wohl und Wehe unser aller Kinder entscheiden. Wird sie uns groß oder klein finden?

Soldaten, Arbeiter und Bauern! Wenn es gilt, die Menschheit vom Kapitalismus, dem letzten Vogt und Tyrannen, zu befreien, dann muß sich zeigen, ob im heutigen Schweizer das Blut jener Vorväter rollt, die am Morgarten und bei Sempach für die Freiheit gegen die Unterdrückung gekämpft, oder das Blut jener andern, die in Frankreich und Italien um Fürstenlohn für die Unterdrückung gegen die Freiheit gestritten haben.

Die Vorstände der Arbeiterunion Zürich
der Soz. Partei Zürichs
des Gewerkschaftskartells Zürich.

Genossenschaftsdruckerei Zürich.

Heraus zum Protest-Streik!

Arbeiter!

In einem Augenblick, da unsere Bewegung in einem Ruhestadium sich befand, hat der Bundesrat die Arbeiterschaft mit einem Massenaufgebot von Truppen überrascht. Trotz der Grippe, die im Interesse der Volksgesundheit eine restlose Demobilisation heischte, sind Zehntausende von Schweizer Soldaten aufgeboten worden.

Das Aufgebot richtet sich nicht gegen den äußeren Feind. Keine Grenzen sind bedroht, nicht die geringste Gefahr kriegerischer Verwicklungen besteht. Die in den Städten aufgefahrenen Maschinengewehre, die um die Bevölkerungszentren gelagerten Bataillone beweisen, gegen wen die kopflos und unverantwortlich beschlossene Mobilisation sich richtet — gegen die wider Hunger und Not, wider Spekulation und Wucher kämpfende Arbeiterschaft.

Das Massenaufgebot von Truppen ist eine dreiste Herausforderung. Die Provokation wird in der furchtbaren, für Tausende von Familien Elend und Entbehrung zeugende Zeit zum eigentlichen Verbrechen. Verlogene Polizeirapporte, erbärmliche Lockspitzelberichte, vage Vermutungen, willkürliche Konstruktionen dienen als faule Unterlage der militärischen Maßnahmen. Unreife Lehren einer Handvoll Wirrköpfe, die erst Bedeutung und Glorie erhalten durch die lächerliche Kraftverschwendung blind handelnder Behörden, bilden den faulen Vorwand und sollen die Kopflosigkeit der Diktatoren rechtfertigen.

Gegen diese provozierenden Maßnahmen erheben wir schärfsten Protest. Die organisierte Arbeiterschaft hat nichts zu tun mit Putschismus. Gehören ihre Sympathien dem heldenmütigen Kampf der russischen Arbeiterschaft, so wissen die Schweizer Arbeiter, daß die Methoden des revolutionären Rußlands sich nicht schablonenhaft auf unser Land übertragen lassen. Die Behauptung, die Schweizer Sozialdemokratie sei am Gängelband des Bolschewismus, ist eine Lüge. Die Methoden unseres Kampfes richten sich nach den Bedingungen des eigenen Landes. Zu den Zielen des internationalen Sozialismus uns bekennend, weisen wir die daraus von feilen Agenten abgeleiteten Verleumdungen stolz zurück.

Werktätiges Volk!

Die durch ihre Maßnahmen dem Bürgerkrieg entgegentreibenden Behörden weigern sich, nackte Tatsachen und Beweise für die Berechtigung ihrer diktatorischen Anordnungen zu nennen. Sie weigern sich, die leichtfertig aufgebotenen Truppen zurückzuziehen. In dieser Situation hilft kein papierener Widerspruch. Jetzt soll die herrschende Klasse, zu deren Verteidigung man euch aufruft, wissen, daß die Arbeiterschaft es satt hat, sich als uniformierter Büttel der Reichen mißbrauchen zu lassen. Zum Zeichen der Auflehnung gegen die Unverantwortlichkeit der militärischen und bürgerlichen Diktatur fordern wir euch auf, unverzüglich in einen

24stündigen Protest-Streik

einzutreten. Am morgigen Samstag soll in allen größeren Städten des Landes die Arbeit ruhen. Wenn friedliche Einsprachen nichts helfen, muß es der opfervolle Kampf. Erst wenn die Behörden sehen, daß es der Arbeiterschaft ernst ist, werden sie Vernunft annehmen.

Laßt deshalb die Arbeit während vierundzwanzig Stunden ruhen. Keiner bleibe zurück, keiner werde zum Verräter. Geschlossen und diszipliniert soll die Arbeit am Samstag morgen niedergelegt, geschlossen und diszipliniert am Montag früh wieder aufgenommen werden.

Wir appellieren an die Solidarität der Gesamtarbeiterklasse. Wir appellieren an die Solidarität der Klassengenossen im Wehrkleide. Keine Verweigerung der Einrückung, wohl aber die strikte Weigerung, von den Waffen gegen das Volk Gebrauch zu machen.

Und nun heraus zum Protest! Die kommenden Wochen werden noch größere Anforderungen an die Arbeiterschaft stellen. Handelt es sich heute um einen Protest durch Arbeitsniederlegung, so kann es in kurzer Zeit um mehr gehen. Je wuchtiger und eindrucksvoller der jetzige Streik, umso erfolgreicher die bevorstehenden Kämpfe für die materiellen Forderungen der Arbeiterklasse und für die Erneuerung der Demokratie.

Hoch die Solidarität! Nieder mit der Reaktion!

Bern, den 7. November 1918.

Das Oltener Aktionskomitee.

Genossenschaftsdruckerei Zürich.

9. XI. 18 Morgens

4.

An die Bevölkerung Zürichs

Heute muß die Arbeit ruhn. Ihr habt dafür zu sorgen, daß die Arbeitsruhe eine vollständige ist. Einig und geschlossen ist der Streik durchzuführen. Auf das Unerhörteste hat der Regierungsrat des Kantons Zürich euch Arbeiter provoziert. Er fühlte seine Sessel wackeln und versucht sich nun auf die Bajonette zu stützen.

Laßt euch nicht reizen, die Unionsdelegiertenversammlung ist Willens und übernimmt die Verantwortung dafür, daß der Streik einig und geschlossen durchgeführt werde, wie es der Bedeutung und der Ehre der zürcherischen Arbeiterschaft entspricht.

Zusammenstöße mit dem Militär sind zu vermeiden und eventuellen Provokationen durch unkontrollierbare Elemente mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Folgende Betriebe sind nicht stillzulegen:

1. **Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk** (Sonntagsdienst).
2. **Obstzentrale und Dörranlagen.** (Der Schlachthof ist teilweise eingestellt. Ausgenommen ist das Personal, das mit lebendem Vieh umzugehen hat, und die Kühlanlagen.)
3. **Der Transport des Gesundheitswesens.**
4. **Auszahlung der Kriegs- und Bedürftigen-Unterstützung.** (Information ist eingestellt.)
5. **Sanitäts-, Kehricht- und Kübelwesen.**
6. **Die alkoholfreien Wirtschaften.** (Speisewirtschaften sind offen zu halten bis morgens 9 Uhr, mittags halb 12—2 Uhr und abends 6—8 Uhr.) Die Wirte sind anzuhalten, **keinen Alkohol auszuschenken.** Alle andern Cafes sind geschlossen.

Alle diese Betriebe sind der Kontrolle der Arbeiterschaft unterstellt.

Die Geschäftsinhaber werden ersucht, die Betriebe und Geschäfte zu schließen.

Den Anordnungen der Streikleitung mit roter Arbinde ist unbedingter Gehorsam zu leisten.

Arbeiter Zürichs, heraus zum Protest!

Der Vorstand der Arbeiterunion Zürich.

Genossenschaftsdruckerei Zürich.

9. XI. 18 morgens

4. a.

An die Bevölkerung Zürichs

Heute muß die Arbeit ruhn. Ihr habt dafür zu sorgen, daß die Arbeitsruhe eine vollständige ist. Einig und geschlossen ist der Streik durchzuführen. Auf das Unerhörteste hat der Regierungsrat des Kantons Zürich euch Arbeiter provoziert. Er fühlte seine Sessel wackeln und versucht sich nun auf die Bajonette zu stützen.

Laßt euch nicht reizen, die Unionsdelegiertenversammlung ist Willens und übernimmt die Verantwortung dafür, daß der Streik einig und geschlossen durchgeführt werde, wie es der Bedeutung und der Ehre der zürcherischen Arbeiterschaft entspricht.

Zusammenstöße mit dem Militär sind zu vermeiden und eventuellen Provokationen durch unkontrollierbare Elemente mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Folgende Betriebe sind nicht stillzulegen:

1. **Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk** (Sonntagsdienst).
2. **Obstzentrale und Dörranlagen.** (Der Schlachthof ist teilweise eingestellt. Ausgenommen ist das Personal, das mit lebendem Vieh umzugehen hat, und die Kühlanlagen.)
3. **Der Transport des Gesundheitswesens.**
4. **Auszahlung der Kriegs- und Bedürftigen-Unterstützung.** (Information ist eingestellt.)
5. **Sanitäts-, Kehricht- und Kübelwesen.**
6. **Die alkoholfreien Wirtschaften.** (Speisewirtschaften sind offen zu halten bis morgens 9 Uhr, mittags halb 12—2 Uhr und abends 6—8 Uhr.) Die Wirte sind anzuhalten, **keinen Alkohol auszuschenken.** Alle andern Cafes sind geschlossen.

Alle diese Betriebe sind der Kontrolle der Arbeiterschaft unterstellt.

Die Geschäftsinhaber werden ersucht, die Betriebe und Geschäfte zu schließen.

Den Anordnungen der Streikleitung mit roter Arbinde ist unbedingter Gehorsam zu leisten.

Arbeiter Zürichs, heraus zum Protest!

Der Vorstand der Arbeiterunion Zürich.

Genossenschaftsdruckerei Zürich.

16.XI.18

5.

Arbeiter Zürichs!

Der Belagerungszustand, der in Zürich herrscht, macht den Abbruch des Streiks auf den vom schweiz. Aktionskomitee festgesetzten Zeitpunkt für uns unmöglich. Wir führen den Kampf aus eigenen Kräften weiter und sind gewillt, solange auszuharren, bis die Truppen von Zürich zurückgezogen sind und die Arbeiter-Union Zürich die Bewegungsfreiheit besitzt, die sie in normalen Zeiten hatte.

Der Streik dauert auf unbestimmte Zeit weiter, und wird der Unions-Vorstand das schweiz. Aktionskomitee ersuchen, Mittel anzuwenden, um unsern Kampf wirksam zu unterstützen.

Wir kämpfen um die Befreiung der Stadt von dem Truppenaufgebot.

Wiedereinführung der Versammlungsfreiheit.

Abwendung von Maßregelungen.

Freilassung der politischen Gefangenen.

Anerkennung der Sowjetgesandtschaften.

Jeder Arbeiter und Arbeiterin hat strikte den Beschlüssen nachzuleben. Es liegt in unserem Interesse, daß Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht vermieden werden. Unsere stärkste Waffe ist der andauernde Streik.

Es lebe der Kampf!

Arbeiter-Union Zürich.

Die Gewerkschaften treffen sich in ihren Lokalen Sonntag, nachmittags 1½ Uhr, zu einem Hock.

Typographia Zürich.

Generalversammlung heute Sonntag, vormittags 10½ Uhr, im **großen Volkshaussaal.**

GENOSSENSCHAFTSDRUCKEREI ZÜRICH.

unſ
wei
Br
zu
und
Ge

ver
kra

Akt
Ark

Bel
die
tri

Kor
allz
unſ
die

Neue

Mitbürger!

In diesen Tagen sollte nach dem Willen einer kleinen Minderheit unsere Staats- und Wirtschaftsordnung zertrümmert werden. Die Regierung weiß bestimmt, daß eine kleine Minderheit beabsichtigte, die Militärstallung in Brand zu setzen, unter Benützung der entstehenden Verwirrung das Zeughaus zu stürmen, sich mit Maschinengewehren und Munition zu versehen und Telegraph- und Telephonzentralen in Besitz zu nehmen — das alles um die bolschewistische Gewaltherrschaft bei uns aufzurichten.

Die Regierung gab von diesem Plan dem Bundesrat Kenntnis und anvertraute ihm den Schutz unserer staatlichen Einrichtungen. Die unserer Demokratie drohende Gefahr klar erkennend, hat der Bundesrat Truppen aufgeboten.

In einem von bösen Verdrehungen strotzenden Flugblatt des Oltener Aktionskomitees wird dieser Akt der Notwehr heuchlerisch als Provokation der Arbeiterschaft hingestellt und dieser der Generalstreik diktiert.

Die schweizerische Arbeiterschaft weiß genau, daß sich die Maßnahmen der Behörden nicht gegen **sie** richten, sondern **gegen jene fremden Sendlinge, die an Stelle unserer demokratischen Einrichtungen die blutriefende bolschewistische Schreckensherrschaft setzen wollen.**

Laßt Euch deshalb durch die Hetzereien und Drohungen des Oltener Komitees nicht irre führen! Sie verraten deutlich die Verärgerung über das allzufrühe Bekanntwerden des ruchlosen Planes. Steht entschlossen und treu zu unseren Behörden! **Schützt unsere demokratischen Einrichtungen, die andere Völker sich erst erkämpfen müssen.**

Behaltet ruhig Blut, aber setzt Euch gegen jede Vergewaltigung zur Wehr!

Fort mit der fremden Gewaltherrschaft!

Es lebe die Schweiz! Es lebe die Demokratie!

Die freisinnige Partei der Stadt Zürich.

Neue Züricher Zeitung, Zürich.

6. a.

Mitbürger!

In diesen Tagen sollte nach dem Willen einer kleinen Minderheit
sere Staats- und Wirtschaftsordnung zertrümmert werden. Die Regierung
ß bestimmt, daß eine kleine Minderheit beabsichtigte, die Militärstallung in
and zu setzen, unter Benützung der entstehenden Verwirrung das Zeughaus
stürmen, sich mit Maschinengewehren und Munition zu versehen und Telegraph-
Telephonzentralen in Besitz zu nehmen — das alles um die bolschewistische
waltherrschaft bei uns aufzurichten.

Die Regierung gab von diesem Plan dem Bundesrat Kenntnis und an-
traute ihm den Schutz unserer staatlichen Einrichtungen. Die unserer Demo-
ie drohende Gefahr klar erkennend, hat der Bundesrat Truppen aufgeboten.

In einem von bösen Verdrehungen strotzenden Flugblatt des Oltener
ionskomitees wird dieser Akt der Notwehr heuchlerisch als Provokation der
eiterschaft hingestellt und dieser der Generalstreik diktiert.

Die schweizerische Arbeiterschaft weiß genau, daß sich die Maßnahmen der
örden nicht gegen **sie** richten, sondern **gegen jene fremden Sendlinge, an Stelle unserer demokratischen Einrichtungen die blut-efeude bolschewistische Schreckensherrschaft setzen wollen.**

Laßt Euch deshalb durch die Hetzereien und Drohungen des Oltener
itees nicht irre führen! Sie verraten deutlich die Verärgerung über das
frühe Bekanntwerden des ruchlosen Planes. Steht entschlossen und treu zu
ren Behörden! **Schützt unsere demokratischen Einrichtungen, andere Völker sich erst erkämpfen müssen.**

Behaltet ruhig Blut, aber setzt Euch gegen jede Vergewaltigung zur Wehr!

Fort mit der fremden Gewaltherrschaft!

Es lebe die Schweiz! Es lebe die Demokratie!

Die freisinnige Partei der Stadt Zürich.

Züricher Zeitung, Zürich.

An das Zürcher Volk!

Der Regierungsrat war gezwungen, zur Aufechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit außerordentliche Maßnahmen zu ereifen.

Nicht um Bekämpfung und Niederhaltung er Arbeiterschaft und ihrer berechtigten Forerungen hat es sich gehandelt, sondern darum, orzubeugen, daß terroristische Elemente den rdentlichen Gang des öffentlichen und wirtchaftlichen Lebens stören, indem sie — nicht urückschreckend vor Anwendung gewaltsamer Mittel — ihren Willen zur Geltung bringen geenüber der verfassungs- und gesetzmäßigen Ordnung und den zu ihrer Wahrung durch das Volk eingesetzten Behörden.

Wir wissen, daß solche Gefahr hauptsächlich on einzelnen Gruppen droht, die in rücksichtsoser Verfolgung ihrer Ideen imstande sind, urch Anwendung von Gewalt und Schrecken ie Herrschaft an sich zu reißen und unsägliches nglück anzurichten.

Die Gefahr solcher Auflehnung gegen den Staat mußte umso größer erscheinen in einem lugenblicke, da rings um die Grenzen unseres Vaterlandes Bewegungen ausgebrochen sind, n denen Weltreiche in ihren Grundfesten erschüttert werden und staatliche Ordnungen zuammenbrechen.

Während mehr als 4 Jahren hat unser Freistaat seine Unabhängigkeit und Freiheit unter roßen Schwierigkeiten bewahren können. Sollte er heute, da man überall daran geht, neu ufzubauen auf Grundlagen, die seit lange die nseren sind, zum Untergang verurteilt sein, eil einzelne Gruppen die Ordnung zerstören wollen, die unserem Land allein die Kraft geben kann, den Stürmen zu trotzen?

Man müßte verzweifeln im Gedanken, alle die Greuel und Opfer des Krieges seien vergeblich, aus dem Grauen und Elend gebe es kein Wiederaufstehen.

Auch bei uns ist vieles zu verbessern im kleinen und im großen. In die weitesten Kreise hat der Krieg die Erkenntnis getragen, daß unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung Veränderungen zu erfahren habe, die Viele bisher für unmöglich und unannehmbar gehalten haben. Miteinander müssen wir am Aufbau einer neuen, besseren Ordnung arbeiten.

Die Vorbedingung für einen segensreichen Fortschritt bildet aber der Fortbestand unserer freiheitlichen Einrichtungen, die dem ganzen Volke Gewähr dafür bieten, an der Förderung des Gesamtwohles mitzuwirken.

So fest wir entschlossen sind, allen Gelüsten zur Herbeiführung von Störungen entgegenzutreten, so bestimmt ist es unsere Absicht, außerordentliche Maßnahmen, zu denen wir gezwungen werden, sofort fallen zu lassen, sobald wir erkennen, daß allseitig der Wille besteht, nur auf dem Wege, den Verfassung und Gesetz weisen, die Entwicklung der Wohlfahrt zu fördern.

Der Regierungsrat hat seinen bestimmten Willen, auf dem Wege entschiedenen und gesunden Fortschrittes voran zu gehen, vor dem Kantonsrate bekundet. Er zählt darauf, daß zu Stadt und Land, alle, gehören sie zu welchem Stand, welcher Partei oder Klasse, alle, denen das Wohl des zürcherischen Volkes, des schweizerischen Vaterlandes am Herzen liegt, in diesen schweren Tagen an seine Seite treten.

Zürich, den 12. November 1918.

Im Namen des Regierungsrates,

Der Präsident:

Dr. G. Keller.

Der Staatsschreiber:

Paul Keller.

8.

Zürich, 12. November 1918.

Mitbürger!

Unser Staat steht in einer sozialen und politischen Krisis, die gefährlicher als irgend eine andere Bewegung der letzten Jahre unsern staatlichen Zusammenhalt bedroht.

In dieser schweren Stunde an das demokratische Volk von Stadt und Kanton Zürich sich zu wenden, erachtet die Leitung der demokratischen Partei des Kantons Zürich als ihre vaterländische Pflicht. Sie darf sich dieser Pflicht umso freudiger unterziehen, als die demokratische Partei seit langem mit größtem Nachdruck auf die schwere soziale Spannung in unserm Volkskörper hingewiesen und, leider mit unzureichendem Erfolg, immer wieder staatliches Eingreifen gefordert hat, um unser Gemeinwesen vor schweren sozialen Erschütterungen zu bewahren.

Jetzt ist die Gefahr drohend. Jetzt noch mit durchgreifenden Maßnahmen im Interesse sozialer Entspannung und gerechten politischen Ausgleiches zu zögern, wäre unverantwortlich unserm werktätigen Volk gegenüber.

In Anlehnung an die Ziele eines in Bildung begriffenen Kartells der nationalen Linksparteien erhebt die demokratische Partei des Kantons Zürich insbesondere folgende Forderungen:

1. Totalrevision der Bundesverfassung im Sinne des sozialen Ausbaues unseres eidgenössischen Staates;
2. Sofortige Beschließung der Alters- und Invalidenversicherung;
3. Tilgung der gesamten Kriegsschuld durch die besitzende Klasse, insbesondere durch die großen Vermögen und hohen Einkommen;
4. Ausarbeitung des eidgenössischen Proporzgesetzes in der Dezembersession der Bundesversammlung, damit die Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage der Verhältniswahl im Frühjahr 1919 vorgenommen werden kann;
5. Neuwahl des Bundesrates unter Berücksichtigung der einzelnen Landesteile und der Stärke der einzelnen Parteien;
6. Schaffung eines eidgenössischen Lohnamtes durch die Dezembersession der Bundesversammlung;
7. Gesetzliche Festlegung des achtstündigen Arbeitstages;
8. Durchgreifende Demokratisierung der Armee, klare Unterstellung der militärischen Gewalt unter die zivile.

Von der ungesäumten Durchführung dieser Forderungen durch Bundesrat und Bundesversammlung erwartet die demokratische Partei des Kantons Zürich die dringlich notwendige soziale Entspannung.

Die demokratische Partei bedauert tief, daß die Stadt Zürich durch ein Massenaufgebot von Truppen besetzt werden mußte. Sie sieht die Ursache hiefür in der Drohung von terroristischen Gewaltakten, die gegen die Sicherheit unserer Bevölkerung gerichtet sind. Pflicht des demokratischen Staates ist es, sich gegen jeden Versuch eines gewaltsamen Umsturzes, der gleichermaßen die öffentliche Ordnung stören wie den sozialen Fortschritt hindern müßte, zu wehren. Die demokratische Partei des Kantons Zürich erwartet aber, daß, sobald die Gefahr von terroristischen Gewaltakten beseitigt erscheint, das Truppenaufgebot zurückgezogen wird und sie erwartet vor allem, daß mit dem Ende des Generalstreiks auch die militärische Besetzung beendigt sei.

An die Soldaten und Offiziere der mobilisierten Truppe richtet die demokratische Partei den Appell, sich stets dessen eingedenk zu sein, daß unsere schweizerische Armee ein Volksheer ist.

An alle Kreise der Bevölkerung appelliert die demokratische Partei: Vermeidet Herausforderungen, bewahrt Ruhe und Besonnenheit, vermeidet jede Verschärfung des Konflikts.

Von den verantwortlichen eidgenössischen und kantonalen Behörden erwarten wir, daß sie zu jeder Maßnahme bereit seien, die einem demokratischen und sozial-fortschrittlichen Staatswesen entspricht und geeignet erscheint, den innern Frieden wieder herzustellen und zu sichern.

Die Zeit drängt zur Tat. Lassen wir uns nicht von den Ereignissen überraschen! Bauen wir vor! Seien wir bereit, am fortschrittlichen Ausbau unseres demokratischen Staatswesens entschlossen, mit ernstem Verantwortlichkeitsgefühl und in voller Erkenntnis dessen, was die Stunde fordert, mitzuarbeiten!

Das demokratische Zentralkomitee des Kantons Zürich.

Mitbürger!

Jeder demokratisch gesinnte Bürger muß sich klar bewußt sein, worum der gegenwärtige Kampf geht. Nicht die von der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund nachträglich aufgestellten Forderungen sind es, welche das Schweizervolk in zwei Lager teilen. Viele unter uns haben dem Proporz zugestimmt und sind bereit, mit dem Stimmzettel für die Annahme auch aller andern oder doch der meisten übrigen Forderungen einzutreten.

Etwas ganz Anderes steht auf dem Spiel: unsere demokratische Rechtsordnung. Die älteste Demokratie der Welt, welche durch allgemeines Wahlrecht, Referendum und Initiative die Möglichkeit gibt, jederzeit dem Willen der Volksmehrheit Ausdruck zu geben, soll durch Generalstreik und politische Massenaktion aus ihren uralten Fundamenten gehoben werden, Mittel, welche in autokratisch oder ständisch regierten Ländern angebracht sein mögen, bei uns aber nichts anderes als eine Vergewaltigung der Volksmehrheit bedeuten.

Hie Demokratie! Hie Diktatur des Proletariats!

Das ist der Schlachtruf, der die Geister scheidet.

Mitbürger!

Wir erwarten von der Einsicht der Behörden und der politischen Parteien, daß die Neuwahl des Nationalrats auf Grund des Proportionalwahlverfahrens so rasch wie möglich stattfindet. Dieser von Grund auf erneuerte Nationalrat, das getreue Spiegelbild des Volkes, ist der allein zuständige Ort, wo die Forderungen der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft vorgebracht werden sollen. Die Durchführung des Nationalratsproporzes, das ist die Forderung des Tages. Alle übrigen bereits gestellten und noch kommenden Forderungen, so berechtigt sie auch sein mögen, müssen erst in Parlament und Oeffentlichkeit abgeklärt werden und können nur auf diesem Wege zur Verwirklichung gelangen. Auf keinen Fall lassen wir zu, daß sie auf gesetzwidrige Weise unserer Demokratie abgetrotzt werden.

In diesem Sinne haben wir auch bereits den Bundesrat zuhanden der Bundesversammlung ersucht, die Neuwahl des Nationalrates unverzüglich in die Wege zu leiten.

Mitbürger!

Wir fordern Euch auf, Jeder an seinem Orte mannhaft für die Freiheit unserer politischen Verfassung einzustehen. Unser demokratischer Volksstaat steht und fällt mit dem Willen der Bürger, ihn mit Einsatz der ganzen Person vor gesetzwidriger Gewalt zu schützen, ist heute die Pflicht jedes Schweizerbürgers.

Ortsgruppe Zürich der Neuen Helvetischen Gesellschaft.

14. November 1918.

Buchdruckerei Volksblatt Meilen.

9a.

Mitbürger!

Jeder demokratisch gesinnte Bürger muß sich klar bewußt sein, worum der gegenwärtige Kampf geht. Nicht die von der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund nachträglich aufgestellten Forderungen sind es, welche das Schweizervolk in zwei Lager teilen. Viele unter uns haben dem Proporz zugestimmt und sind bereit, mit dem Stimmzettel für die Annahme auch aller andern oder doch der meisten übrigen Forderungen einzutreten.

Etwas ganz Anderes steht auf dem Spiel: unsere demokratische Rechtsordnung. Die älteste Demokratie der Welt, welche durch allgemeines Wahlrecht, Referendum und Initiative die Möglichkeit gibt, jederzeit dem Willen der Volksmehrheit Ausdruck zu geben, soll durch Generalstreik und politische Massenaktion aus ihren uralten Fundamenten gehoben werden, Mittel, welche in autokratisch oder ständisch regierten Ländern angebracht sein mögen, bei uns aber nichts anderes als eine Vergewaltigung der Volksmehrheit bedeuten.

Hie Demokratie! Hie Diktatur des Proletariats!

Das ist der Schlachtruf, der die Geister scheidet.

Mitbürger!

Wir erwarten von der Einsicht der Behörden und der politischen Parteien, daß die Neuwahl des Nationalrats auf Grund des Proportionalwahlverfahrens so rasch wie möglich stattfindet. Dieser von Grund auf erneuerte Nationalrat, das getreue Spiegelbild des Volkes, ist der allein zuständige Ort, wo die Forderungen der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft vorgebracht werden sollen. Die Durchführung des Nationalratsproporzes, das ist die Forderung des Tages. Alle übrigen bereits gestellten und noch kommenden Forderungen, so berechtigt sie auch sein mögen, müssen erst in Parlament und Oeffentlichkeit abgeklärt werden und können nur auf diesem Wege zur Verwirklichung gelangen. Auf keinen Fall lassen wir zu, daß sie auf gesetzwidrige Weise unserer Demokratie abgetrotzt werden.

In diesem Sinne haben wir auch bereits den Bundesrat zuhanden der Bundesversammlung ersucht, die Neuwahl des Nationalrates unverzüglich in die Wege zu leiten.

Mitbürger!

Wir fordern Euch auf, Jeder an seinem Orte mannhaft für die Freiheit unserer politischen Verfassung einzustehen. Unser demokratischer Volksstaat steht und fällt mit dem Willen der Bürger, ihn mit Einsatz der ganzen Person vor gesetzwidriger Gewalt zu schützen, ist heute die Pflicht jedes Schweizerbürgers.

Ortsgruppe Zürich der Neuen Helvetischen Gesellschaft.

14. November 1918. Vormittag

Buchdruckerei Volksblatt Meilen.

XI. 18. Nachmittag

10.

Streik wird fortgesetzt!

Arbeiter-Union Zürich

XI. 18 Nachmittag

11.

Die unabhängigen Studenten an die Arbeiterschaft.

In diesen Tagen größter Entscheidungen treten wir zum Kampf an eure Seite. Wir kommen, euch zu sagen, daß ein beträchtlicher Teil der Studenten der zürcherischen Hochschulen die ungeistige, frevelhafte Freude ihrer Kommilitonen an der militaristischen Machtpolitik unserer Kantons- und Bundesregierung als Schmach empfindet, unwürdig der Hochschule, unwürdig der Schweiz, unwürdig der Zeit.

Wir schauen als tiefsten Sinn der Zeit die Götzendämmerung der militaristischen Gewalt und Unterdrückung. Die Stunde, die der ganzen Welt Erlösung bringen soll, wurde von einer aller Größe baren Regierung zum Zeitpunkt einer Militärdiktatur erwählt. Wir sehen mit stolzer Freude, daß ihr dagegen aufgestanden seid, wie **ein** Mann, daß ihr bisher die Sache der sozialen Demokratie mit größter Selbstzucht verteidigt habt, daß ihr entschlossen seid zu kämpfen, bis eure dringendsten Forderungen, die schon längst berechtigt sind, erfüllt werden.

Dem **Gebote der Stunde** gemäß sind eure Forderungen. Das muß uns allen ganz klar sein. Der **Sinn der Epoche** aber, in deren größter Wende wir stehen, ragt weit darüber hinaus. Unser Herz schlägt begeisterter, unser Kopf arbeitet leidenschaftlicher: es leuchten heute die letzten Ziele der sozialen Schöpfungsgeschichte auf. Ein gewaltiges Weltgeschehen kommt unserem Glauben, unserer Einsicht entgegen. Die kühnsten Hoffnungen werden erfüllt. Frei von den Hindernissen herrschaftlicher Gewaltätigkeit werden die großen Straßen der Menschheit zur **freien brüderlichen Gemeinschaft** aller Menschen.

Die Größe und Herrlichkeit dieses Endzieles bedeutet eine ungeheure Verpflichtung für die Wege, die wir beschreiten. Nur Wahrhaftigkeit, nur Freiheitlichkeit, nur wirkliche Gemeinschaftlichkeit dürfen Mittel **unseres** Kampfes sein. In ihnen allein liegt Kraft, Gewißheit des Sieges und der Geist der Revolution. Das bloße, blasse Gefühl der Macht ist ewig unschöpferisch, wie die Lüge und der Zwang.

In dieser Einsicht, in der glühenden Hoffnung ihrer Verwirklichung durch euch, rufen wir euch zu:

Die Würde unserer Volksgemeinschaft ist in Eure Hand gegeben.

Genossenschaftsdruckerei Zürich.

12.

Stadtwehr!

Mitbürger!

Die gefahrvollen Zeiten haben einen Gedanken plötzlich zur Tat werden lassen, der schon lange in der Luft schwebte. Eine „zürcherische Stadtwehr" ist ins Leben getreten. Man wird nicht lange nach ihrer Berechtigung fragen müssen. Sie will angesichts der immer bedrohlicher werdenden Umtriebe von nach russischem Muster arbeitenden Umsturzorganisationen das Bürgertum sammeln und organisieren.

Unser Programm ist kurz und bündig:

1. Organisierung des Widerstandes bis aufs äußerste gegen jeden Versuch bolschewistischer Gruppen, die öffentliche Ordnung zu stören und die Sicherheit des Vaterlandes in Gefahr zu bringen.

2. Nachdrückliche Unterstützung der öffentlichen Gewalten in ihrem Bestreben, die Rechtsordnung aufrecht zu erhalten.

3. Organisierung von Hülfskräften und Hülfsdiensten, besonders für die Zeiten, da in Zürich keine erhebliche Truppenmacht vorhanden ist.

4. Materielle Unterstützung von Mitbürgern, die durch verbrecherische Handlungen von Bolschewisten an Leib oder Gut zu Schaden gekommen sind.

Schweizerbürger ohne Unterschied der Partei, deutscher oder welscher Zunge, auch Jünglinge von 18 Jahren an, die dieses Programm durch die Tat unterstützen wollen, mögen in Masse herbeieilen, um sich in aufgelegte Listen einzutragen und zur Verfügung zu halten. Listen werden in allen Zunfthäusern oder Versammlungslokalen der Zünfte aufgelegt.

Zögert keinen Augenblick. Schon haben sich viele Hunderte gemeldet. Es müssen viele Tausende werden. Es liegen ernste Monate vor uns, die uns gerüstet finden müssen

Es lebe die alte Schweizerfreiheit! Nieder mit den Tyrannen, auch wenn sie in der Arbeiterbluse einhergehen.

Das Exekutiv-Komitee.

12.0

Stadtwehr!

Mitbürger!

Die gefahrvollen Zeiten haben einen Gedanken plötzlich zur Tat werden lassen, der schon lange in der Luft schwebte. Eine „zürcherische Stadtwehr" ist ins Leben getreten. Man wird nicht lange nach ihrer Berechtigung fragen müssen. Sie will angesichts der immer bedrohlicher werdenden Umtriebe von nach russischem Muster arbeitenden Umsturzorganisationen das Bürgertum sammeln und organisieren.

Unser Programm ist kurz und bündig:

1. Organisierung des Widerstandes bis aufs äußerste gegen jeden Versuch bolschewistischer Gruppen, die öffentliche Ordnung zu stören und die Sicherheit des Vaterlandes in Gefahr zu bringen.

2. Nachdrückliche Unterstützung der öffentlichen Gewalten in ihrem Bestreben, die Rechtsordnung aufrecht zu erhalten.

3. Organisierung von Hülfskräften und Hülfsdiensten, besonders für die Zeiten, da in Zürich keine erhebliche Truppenmacht vorhanden ist.

4. Materielle Unterstützung von Mitbürgern, die durch verbrecherische Handlungen von Bolschewisten an Leib oder Gut zu Schaden gekommen sind.

Schweizerbürger ohne Unterschied der Partei, deutscher oder welscher Zunge, auch Jünglinge von 18 Jahren an, die dieses Programm durch die Tat unterstützen wollen, mögen in Masse herbeieilen, um sich in aufgelegte Listen einzutragen und zur Verfügung zu halten. Listen werden in allen Zunfthäusern oder Versammlungslokalen der Zünfte aufgelegt.

Zögert keinen Augenblick. Schon haben sich viele Hunderte gemeldet. Es müssen viele Tausende werden. Es liegen ernste Monate vor uns, die uns gerüstet finden müssen

Es lebe die alte Schweizerfreiheit! Nieder mit den Tyrannen, auch wenn sie in der Arbeiterbluse einhergehen.

Das Exekutiv-Komitee.

Die

Sch

Ein

Ein

Zür

AUFRUF ZUM EINTRITT
in die
ZÜRCHER STADTWEHR

Die Zürcher Stadtwehr ist die bürgerliche, freiwillige Organisation zur Aufrechterhaltung der verfassungsmässigen Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Sie tritt im Notfall an die Seite unserer zürcherischen Ordnungstruppen. Diesen stellt sie notwendige Hülfskräfte für Spezialdienste jetzt schon zur Verfügung.

Schweizerbürger: Von der Entschlossenheit und Geschlossenheit aller Nationalgesinnter hängt der Ausgang der gegenwärtigen Krisis ab. Tretet unserer Stadtwehr bei: Diensttuende und Nichtdiensttuende, deutscher und welscher Zunge, vom 18. Altersjahre an!

Einschreibelokale:

Zunft zur Zimmerleuten,	Rathausquai
" " Saffran,	"
" " Meise,	Münsterhof
" " Schmieden,	Rindermarkt
Restaurant zum Weissen Wind,	Oberdorfstrasse
Zunft zur Waag,	Münsterhof
Hotel St. Gotthard,	Bahnhofstrasse
" Habis-Royal,	Bahnhofplatz
" Victoria,	"
Restaurant Tonhalle,	Gotthardstrasse
Hotel Falken,	Zurlindenstrasse 85
" Mythen,	Alfred Escherplatz
Restaurant Untere Weinegg,	Untere Weinegg 46
" Zürichhorn,	
" Plattengarten,	
" Hirschen-Wollishof.,	Wollishofen
Hotel Pfauen,	Heimplatz

Einschreibezeit: 8 - 12 und 2 - 8 Uhr.

Das Organisationskomitee.

Zürich, den 14. November 1918.

Die

Sch

Ein

Ein

Zür

AUFRUF ZUM EINTRITT
in die
ZÜRCHER STADTWEHR

Die Zürcher Stadtwehr ist die bürgerliche, freiwillige Organisation zur Aufrechterhaltung der verfassungsmässigen Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Sie tritt im Notfall an die Seite unserer zürcherischen Ordnungstruppen. Diesen stellt sie notwendige Hülfskräfte für Spezialdienste jetzt schon zur Verfügung.

Schweizerbürger: Von der Entschlossenheit und Geschlossenheit aller Nationalgesinnter hängt der Ausgang der gegenwärtigen Krisis ab. Tretet unserer Stadtwehr bei: Diensttuende und Nichtdiensttuende, deutscher und welscher Zunge, vom 18. Altersjahre an!

Einschreibelokale:

Zunft zur Zimmerleuten,	Rathausquai
" " Saffran,	"
" " Meise,	Münsterhof
" " Schmieden,	Rindermarkt
Restaurant zum Weissen Wind,	Oberdorfstrasse
Zunft zur Waag,	Münsterhof
Hotel St. Gotthard,	Bahnhofstrasse
" Habis-Royal,	Bahnhofplatz
" Victoria,	"
Restaurant Tonhalle,	Gotthardstrasse
Hotel Falken,	Zurlindenstrasse 85
" Mythen,	Alfred Escherplatz
Restaurant Untere Weinegg,	Untere Weinegg 46
" Zürichhorn,	
" Plattengarten,	
" Hirschen-Wollishof.,	Wollishofen
Hotel Pfauen,	Heimplatz

Einschreibezeit: 8 - 12 und 2 - 8 Uhr.

Das Organisationskomitee.

Zürich, den 14. November 1918.

14.

Zürich, 15. November 1918.

An die Arbeiterschaft!

Der Lokalverband Industrieller und Gewerbetreibender der Stadt Zürich und Umgebung hat heute Freitag folgenden Beschluß gefaßt:

Die Mitglieder sollen ihre Betriebe in Gang setzen, sobald die erforderliche Arbeiterzahl zur Verfügung steht. In Geschäften, in denen der Beginn der Arbeit größere Vorbereitungen voraussetzt, wird mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wochenschluß die Aufnahme des Betriebes nicht vor Montag den 18. November erfolgen können.

Der Lokalverband
Industrieller und Gewerbetreibender.

14a.

Zürich, 15. November 1918.

An die Arbeiterschaft!

Der Lokalverband Industrieller und Gewerbetreibender der Stadt Zürich und Umgebung hat heute Freitag folgenden Beschluß gefaßt:

Die Mitglieder sollen ihre Betriebe in Gang setzen, sobald die erforderliche Arbeiterzahl zur Verfügung steht. In Geschäften, in denen der Beginn der Arbeit größere Vorbereitungen voraussetzt, wird mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wochenschluß die Aufnahme des Betriebes nicht vor Montag den 18. November erfolgen können.

Der Lokalverband
Industrieller und Gewerbetreibender.